

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2020



Cottbuser Erklärung

Konstruktionsbüro im Zuchthaus Cottbus

Boccaccio reloaded

Aktuell

- 3 Preis für Oppositionelle aus Belarus
Gedenktafel für Rainer Hildebrandt
Gedenkstätte Cottbus unter Denkmalschutz
Bundesstiftung Aufarbeitung stellt Umfrage vor

Recht

- 4 Kriegsofferfürsorge für ehemalige politisch Verfolgte
- 5 Anerkennung ziviler deutscher Zwangsarbeiter abgeschlossen
140 Millionen Euro
Nachtrag
Berichtigung

Thema

- 6 Cottbuser Erklärung zur DDR-Zwangsarbeit
- 7 Unterstützung
Appell der Solidarität
Bürgerberatung und Ausstellung
- 8 Das Konstruktionsbüro im Zuchthaus Cottbus

Berichte

- 11 Dokumentiert
- 12 Jugend erinnert

Verbände

- 13 Gegen fortschreitende Verklärung
Bautzen-Komitee zu Belarus
Einladung
Gefahr für Demokratie erkennen
Ausstellung in Bautzen
- 14 Taschenkalender erschienen
Suchanzeigen
Abschied
- 15 Spendenaufruf

Service/Bücher

- 17 Behinderte Kinder in der DDR
Boccaccio reloaded
- 18 Mütter
- 19 Paukenschlag des Umbruchs

Umschlagbild

Campus-Kino vom 11. August bis 3. September 2020
auf dem Parkplatz der ehemaligen Stasi-Zentrale vor
Einbruch der Dunkelheit.

Foto: Christian Sachse

Was hat das Tribunal „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ gebracht?

Kürzlich hatte die UOKG in Kooperation mit anderen im ehemaligen Zuchthaus Cottbus ein Tribunal unter dem Motto „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ veranstaltet. Vor einer internationalen Jury aus sechs Ländern und unter Leitung eines Staatsanwaltes wurden insgesamt 14 ehemalige politische Häftlinge als Zeugen angehört, die in der DDR politische Haftstrafen zu verbüßen hatten.

Auch für Eingeweihte waren die Zeugenaussagen in ihrer Ballung eine erhebliche psychische Belastung. Die viel größere Belastung hatten natürlich die Zeugen zu ertragen, die ihr eigenes Schicksal noch einmal öffentlich vortrugen.

Im Ergebnis bleibt aber festzustellen, daß sich das Tribunal mit diesem Aufwand, auch mit dem Einsatz der Zeitzeugen, gelohnt hat. Durch den Umstand, daß der Jury auch zwei Bundestagsabgeordnete, Arnold Vaatz (CDU/CSU) und Peter Heidt (FDP), angehörten, ist sichergestellt, daß wenn das Protokoll der Sitzung vorliegt, die Behandlung in den Gremien des Deutschen Bundestages erreicht werden kann.

Das Tribunal haben wir veranstaltet, um das Thema Zwangsarbeit, aber auch Entschädigung von Zwangsarbeit in SED-Haft wieder auf die Agenda zu setzen. Lange ist darüber nicht gesprochen worden, und

dennoch haben wir nicht aufgegeben. Unser Ziel ist es, mit politischer Unterstützung an Unternehmen heranzutreten, die am innerdeutschen Handel und somit auch an der Häftlingsarbeit beteiligt waren, um einen Fonds zur Entschädigung und Unterstützung von ehemaligen politischen Zwangsarbeitern in der DDR-Haft aufzulegen.

In unsere Tagung hinein erreichte uns die Twiternachricht von IKEA, die zusagten, sich an einem solchen Fonds zu beteiligen. Dies ist nicht selbstverständlich, weil die meisten sich um die Verantwortung, auch wenn sie persönlich keine Schuld trifft, drücken.

Wir werden Sie auf dem Laufenden halten, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Einstweilen darf ich Sie bitten, unsere Arbeit mit einer Spende zu unterstützen, wenn es Ihnen möglich ist.

Ausdrücklich danken möchte ich der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Frau Staatsministerin Monika Grütters, die, obwohl das Thema Zwangsarbeit auch politisch heikel ist, diesen Kongreß finanziell gefördert hat.

Blieben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Dombrowski

Preis für Oppositionelle aus Belarus

(pegg)Die Mitgliedsinstitutionen und -organisationen der Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen haben beschlossen, den Preis der Plattform 2020 an die belarussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya zu vergeben.

Frau Tsikhanouskaya wird den Preis für ihren persönlichen Mut und ihre unermüdlichen Bemühungen zur Förderung der Menschenrechte und der grundlegenden demokratischen Werte und Freiheiten während ihres Wahlkampfs und nach den letzten Präsidentschaftswahlen in Belarus erhalten.

Die Plattform erkennt insbesondere den gegenwärtigen Kampf von Frau Tsikha-

nouskaya für die Wahrung grundlegender Menschenrechte an und unterstützt ihn, wie das Recht auf freie Wahlen, das kürzlich in Belarus unterdrückt wurde. Die Plattform hofft, daß der Preis zur Unterstützung aller demokratischen Bewegungen in Belarus beitragen wird, und vertraut darauf, daß die aktuelle politische Situation schließlich zu einer friedlichen Lösung unter voller Achtung des Willens des belarussischen Volkes führen wird.

Der Preis der Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen wird in Prag während der jährlichen Sitzung des Mitgliederrates der Plattform vom 9. bis 11. November 2020 verliehen. 

Bundesstiftung Aufarbeitung stellte Umfrage vor

Vier von fünf Bundesbürgern halten die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur weiterhin für wichtig. Fast 60 Prozent teilen die Überzeugung, daß die Dikturaufarbeitung die Demokratie in Deutschland stärkt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Forsa-Umfrage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit.

„Historisches Wissen ist die beste Medizin gegen den nach wie vor verbreiteten Einheitsfrust“, so die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Anna Kaminsky. „Noch immer ist rund die Hälfte der Befragten der Auffassung, daß das Trennende zwischen Ost und West bis heute überwiegt. Um so zuversichtlicher stimmt es mich, wenn neun von zehn Vertretern der unter 30-Jährigen historisch-politische Bildungsarbeit zur Geschichte der Teilung und der kommunistischen Diktatur für notwendig erachten.“

Die Forsa-Studie zeigt, daß bundesweit 47 Prozent den Einigungsprozeß als weitgehend gelungen betrachten. In Ostdeutschland ist nur jeder Vierte dieser Auffassung. Anna Kaminsky: „Die Geschichte der deutschen Einheit seit 1990 wird viel zu oft als Verlust- oder Defizitgeschichte erzählt. Die Realität der DDR-Wirtschaft wird dabei ebenso ausgeblendet wie die Lebensläufe jener Ostdeutschen, für die das Jahr 1990 zu einem Aufbruch geworden ist.“

„Eine zeithistorische Perspektive, die die 1980er und 1990er Jahre gleichermaßen in den Blick nimmt, vermag dem populistischen Gerede entgegenzuwirken, die heutige Bundesrepublik würde die bürgerlichen Freiheitsrechte kaum weniger beschneiden als zuvor die DDR“, so die Geschäftsführerin.

Auch wenn sich bundesweit 80 Prozent der Befragten gegen eine solche Gleichsetzung verwahren, stoßen diese Behauptungen immerhin bei rund 30 Prozent der Ostdeutschen sowie bei zwei von drei Anhängern der AfD auf Zustimmung. 

Gedenktafel für Rainer Hildebrandt

Auf Vorschlag des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ehrte das Land Berlin den Publizisten und Menschenrechtsaktivisten Dr. Rainer Hildebrandt (* 14. Dezember 1914 – † 9. Januar 2004) mit einer Berliner Gedenktafel. Die Tafel befindet sich im Zikadenweg 84 in 14055 Berlin, wo Hildebrandt von 2000 bis zu seinem Tode wohnte.

Rainer Hildebrandt, befreundet mit Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus, wurde selbst wegen Wehrkraftzersetzung inhaftiert. Nach dem Krieg mit den Verhältnissen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) konfrontiert, wurde er zum Mitgründer und Leiter (1948 – 1951) der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU). Die Organisation betrieb in West-Berlin einen

Suchdienst nach in der SBZ verhafteten und vermißten Personen und unterstützte den Widerstand gegen das kommunistische Regime in der SBZ und später in der DDR. Kurz nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 schloß Hildebrandt sich der Bürgerinitiative „Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V.“ an. Bereits ein Jahr später gründete er unter deren Trägerschaft das „Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie“.

Mit der Berliner Gedenktafel ehrt das Land Berlin seit 1985 Persönlichkeiten und erinnert an Ereignisse oder Institutionen, die zur kulturellen, politischen oder wissenschaftlichen Bedeutung Berlins beitragen. Für die Umsetzung ist die Historische Kommission zu Berlin verantwortlich. 

Gedenkstätte Cottbus unter Denkmalschutz

Das frühere Zuchthaus Cottbus, heute Gedenkstätte und Menschenrechtszentrum, steht jetzt unter Denkmalschutz. Der Trägerverein habe die Mitteilung über die Aufnahme in die Denkmalliste des Landes Brandenburg zu Wochenbeginn erhalten, teilte der Verein am 29. September in Cottbus mit.

Das Landesdenkmalamt habe den Schutzstatus damit begründet, daß bauliche Zeugnisse und Spuren der Verwahrung und Zwangsarbeit „als Beleg für den entwürdigenden und menschenverachtenden Umgang des DDR-Regimes mit

nonkonformen Mitbürgern aufgedeckt, gesichert und detailliert erforscht werden“ müßten.

Das Menschenrechtszentrum Cottbus ist Eigentümer und Träger der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. Es engagiert sich seit Jahren für die Anerkennung der Bedeutung des ehemaligen Gefängnisses für die deutsche Geschichte, Wissenschaft und den Städtebau.

Dem Trägerverein gehören nach eigenen Angaben hauptsächlich ehemalige politische Häftlinge der DDR an. 

Kriegsopferfürsorge hilft auch politisch Verfolgten

Die Kriegsopferfürsorge umfaßt alle Fürsorgeleistungen im Sozialen Entschädigungsrecht. Sie ergänzt die übrigen Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes durch besondere Hilfen im Einzelfall. Zu den Leistungen der Kriegsopferfürsorge gehören:

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 26 und 26a BVG), Krankenhilfe (§ 26b BVG), Hilfe zur Pflege (§ 26c BVG), Hilfe zur Weiterführung des Haushalts (§ 26d BVG), Altenhilfe (§ 26e BVG), Erziehungsbeihilfe (§ 27 BVG), ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 27a BVG), Erholungshilfe (§ 27b BVG), Wohnungshilfe (§ 27c BVG), Hilfen in besonderen Lebenslagen (§ 27d BVG).

Diese Leistungen gibt es in Form von Dienst-, Sach- und Geldleistungen.

Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) werden für folgende Personen erbracht:

- gesundheitlich beeinträchtigte Personen (Beschädigte), die eine Grundrente nach § 31 BVG beziehen oder einen Anspruch auf Heilbehandlung nach § 10 Abs. 1 BVG haben,
- Hinterbliebene, die Leistungen nach §§ 38 ff. BVG beziehen (Witwen, Witwer, Lebenspartner/innen, Waisen, Elternpaare und Elternteile),
- Beschädigte für ihre überwiegend unterhaltenen Familienangehörigen, soweit diese ihren Bedarf nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen decken können.

Für den Erhalt von Leistungen der Kriegsopferfürsorge müssen die folgenden Voraussetzungen vorliegen:

Beschädigte oder deren Hinterbliebene können dann Leistungen der Kriegsopferfürsorge erhalten, wenn die sogenannte wirtschaftliche Kausalität vorliegt. Das bedeutet, daß die Beschädigten infolge der Schädigung bzw. die Hinterbliebenen in-

folge des Verlustes des Versorgers/der Versorgerin nicht in der Lage sind, ihren sich aus der Schädigung ergebenden individuellen Bedarf aus ihrem Einkommen und Vermögen und den übrigen Versorgungsleistungen nach dem BVG zu decken.

Bei einigen Personengruppen wird der Zusammenhang zwischen Schädigung und der Notwendigkeit der Leistung stets angenommen:

- bei Schwerbeschädigten (das sind Personen mit einem Grad der Schädigungsfolgen von wenigstens 50 GdS), die das 60. Lebensjahr vollendet haben,
- bei Hinterbliebenen, die voll erwerbsgemindert oder erwerbsunfähig (im Sinne des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch) sind oder das 60. Lebensjahr vollendet haben.

Bei allen anderen Berechtigten nach dem BVG wird das Vorliegen des Zusammenhangs zwischen Schädigung und Notwendigkeit der Leistung vermutet, sofern nicht das Gegenteil offenkundig oder nachgewiesen ist.

Die Leistungen der Kriegsopferfürsorge sind darüber hinaus vom Einsatz von Einkommen und Vermögen abhängig. Aber: Für die Leistung eines ausschließlich wegen einer Schädigung bestehenden Bedarfs ist das Einkommen und Vermögen nicht einzusetzen.

Beispiele und Erläuterungen zu Hilfen der Kriegsopferfürsorge:

Krankenhilfe

Die Krankenhilfe kommt bei behandlungsbedürftigen Krankheiten ergänzend zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung oder der Heil- und Krankenbehandlung durch die Versorgungsverwaltung in Betracht. Hierbei können Kosten für eine ärztliche oder medizinische Behandlung übernommen werden, z. B. Eigenanteile für Zahnersatz sowie Zuzahlungen zu Arznei- oder Verband-, Heil- oder Hilfsmitteln.

Hilfe zur Pflege

Hilfe zur Pflege wird Beschädigten und Hinterbliebenen erbracht, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und die daher der Hilfe durch andere bedürfen.

Werden von den gesetzlichen Pflegekassen, privaten Pflegeversicherungen oder Beihilfestellen bereits Pflegeleistungen erbracht oder besteht auf diese Leistungen ein Anspruch, sind sie gegenüber der Kriegsopferfürsorge vorrangig. Soweit die in ihrer Höhe begrenzten Pflegeleistungen der anderen Leistungsträger nicht ausreichen, um den notwendigen Pflegebedarf zu decken, kommen zusätzliche Leistungen der Kriegsopferfürsorge in Betracht.

Das heißt, die Hilfe zur Pflege der Kriegsopferfürsorge kann erst dann gezahlt werden, wenn die Leistungen der anderen Stellen nicht ausreichen.

Wohnungshilfe

Wohnungshilfe erhalten u. a. Schwerbeschädigte, die aufgrund der Schädigungsfolgen bauliche Veränderungen des vorhandenen Wohnraums benötigen. Hierzu zählen z. B. ein Badumbau, der Einbau eines Treppenlifts oder einer Rollstuhlrampe. Die Leistungen kommen sowohl für Wohnungen im Eigentum als auch für Mietwohnungen in Betracht. Die Wohnungshilfe ist einkommens- und vermögensabhängig.

Erholungshilfe

Erholungshilfe erhalten Beschädigte für sich und den Ehegatten/die Ehegattin bzw. die Lebenspartnerin/den Lebenspartner sowie Hinterbliebene zur Erhaltung oder Verbesserung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit ist durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen.

Die Erholungshilfe wird als Sachleistung (z. B. in Häusern von Verbänden) oder als Geldleistung (frei gewählte Erholungsmaßnahme) je nach Wunsch der Betroffenen erbracht. Sie soll drei Wochen betragen, eine kürzere oder längere Dauer ist in begründeten Ausnahmefällen zulässig. Zum Bedarf zählen Unterkunft und Verpflegung am Erholungsort, Fahrtkosten und auch Taschengeld. Bedürfen Beschädigte oder Hinterbliebene einer ständigen Begleitung, umfaßt der Bedarf auch die Kosten für die Mitnahme der Begleitperson.

Anträge auf Leistungen der Kriegsopferfürsorge sind ausschließlich an die Hauptfürsorgestelle des zuständigen Versorgungsamtes zu richten.

(Auszüge aus: „Kriegsopferfürsorge“, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017)

Hinweis

Offensichtlich versuchen noch immer Ratsuchende, mich auf der alten BSV-Nummer anzurufen. Dort ertönt ständig das Besetzzeichen, weil die Nummer nicht mehr existent ist.

Hier noch einmal die neue Telefonnummer: **(030) 55 15 28 58**

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Anerkennung ziviler deutscher Zwangsarbeiter abgeschlossen

Übergabe der letzten Bescheide zu einer Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter

Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Am 14. September hat der vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingerichtete Sachverständigenbeirat symbolisch die letzten beiden Anerkennungsbescheide an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter ausgehändigt.

Hiermit wird des Leids aller Betroffenen gedacht, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit leisten mußten.

Rund 46 000 Anträge ziviler deutscher Zwangsarbeiter auf eine einmalige symbolische Anerkennungsleistung von 2500 Euro sind beschieden worden.

Insgesamt wurden dafür über 108 Millionen Euro aufgewandt.

Parlamentarischer Staatssekretär Stephan Mayer: „Das Zwangsarbeiterschicksal von Deutschen war ein besonderes Opfer, das über die allgemein erlittenen Folgen des Krieges deutlich hinausgeht. Die ehemaligen deutschen Zwangsar-

beiterinnen und Zwangsarbeiter haben einen Anspruch darauf, daß wir die Erinnerung an ihr furchtbares Leid wachhalten. Deshalb freue ich mich sehr, daß die Bundesregierung in etwa 83 Prozent der Fälle eine symbolische Geldleistung in Höhe von 2500 Euro gewähren konnte.

Heute hat der vom BMI errichtete sachverständige Beirat symbolisch die letzten Anerkennungsbescheide an ein betroffenes Ehepaar ausgehändigt und damit stellvertretend des Leids aller Betroffenen gedacht. Damit endet die erfolgreiche Tätigkeit des Beirates, der die Bundesregierung in den oft schwierigen Fällen beraten hat und dem ich hierfür ausdrücklich danke.“

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius: „Die Anerkennungszahlung für deutsche zivile Zwangsarbeiter ist eine historische Leistung. Die Zahlung an die ehemaligen zivilen Zwangsarbeiter kann die menschenunwürdige Behandlung nicht vergelten. Doch hat die Bundesregierung mit der ADZ-Richtlinie das erlittene Unrecht der

zivilen deutschen Zwangsarbeiter und ihr Schicksal anerkannt.“

Der Deutsche Bundestag hatte am 27. November 2015 die Gewährung einer Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter beschlossen, die entsprechende Richtlinie trat am 1. August 2016 in Kraft. Sie gilt für Zivilpersonen, die wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. April 1956 für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mußten. Ein sechsköpfiger Beirat (zwei Fachhistoriker, zwei Mitglieder des Deutschen Bundestags, zwei Vertreter des Bundes der Vertriebenen) hat die Bundesregierung beim Vollzug beraten. 

Nachtrag

Corona-Pandemie – Infektionsschutz

Zum Beitrag „Marx wichtiger als die deutsche Einheit?“, Ausg. 7/2020, S. 8

Beachten Sie auf dem gesamten Gelände bitte konsequent die folgenden Regeln:

- Halten Sie zu Dritten durchgehend einen Mindestabstand von 1,5 m (besser 2 m) ein.
- Wenn Sie direkten Kontakt zu anderen Personen aufnehmen und der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, tragen Sie eine Mund-Nase-Bedeckung.
- Nutzen Sie die am Veranstaltungsort zur Verfügung stehenden Desinfektionsmittel-Spender.

Bei der Veranstaltung werden Fotos gemacht. Mit der Annahme der Einladung stimmen Sie der Anfertigung und Verwendung der Fotoaufnahmen für die Öffentlichkeit zu.

Elke Schlegel

Berichtigung

In Ausgabe 7/2020, S. 5, ist uns ein Fehler unterlaufen, auf den uns Leser Fritz Schüler aufmerksam machte:

Der erste Atombombenabwurf erfolgte am 6. August 1945 auf Hiroshima, jedoch „am 8. August (nicht April)“ erklärte die UdSSR den Japanern den Krieg“. 

140 Millionen Euro

Schweizer Bank Julius Bär muß DDR-Vermögen zurückzahlen

(dpa) Die Schweizer Bank Julius Bär muß auf Schweizer Konten gelandetes einstiges DDR-Vermögen zurückzahlen.

Das entschied das Bundesgericht nach einem jahrelangen Rechtsstreit, wie die Bank am 25. September mitteilte. Es geht um Vermögen und Zinsen von insgesamt 150 Millionen Franken (knapp 140 Mio Euro). Die Bank habe dafür 2019 bereits eine Rückstellung gemacht.

Das Geld stammte nach Angaben der Bank von einer Außenhandels-gesellschaft der DDR und war zwischen 1990 und 1992 auf Konten der Gesellschaft bei der Schweizer Bank Cantrade gelandet, die Julius Bär 2005 übernommen hatte.

Geklagt hatte die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die Nachfolgerin der Treuhandanstalt, die sich unter anderem um Gelder kümmert, die Mitglieder des SED-Regimes nach der Wende beiseite geschafft hatten.

Die problematischen Zahlungen seien bei der Übernahme der Bank bekannt gewesen, teilte Julius Bär mit. Sie werde sie deshalb von der Verkäuferin zurückfordern. Das war seinerzeit die Großbank UBS.

Die BvS hat zum 1. Januar 2001 ihre operative Tätigkeit eingestellt. Seitdem besteht sie nur noch als Rechts- und Vermögens-trägerin fort. Die Treuhandanstalt war zum treuhänderischen Verwalter des Vermögens der Partei- und Massenorganisationen bestimmt worden. 

Cottbuser Erklärung zur DDR-Zwangsarbeit

Vom 11. bis 13. September 2020 fand im Menschenrechtszentrum Cottbus, der früheren DDR-Strafanstalt Cottbus, auf Einladung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) ein Tribunal zum Thema „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ statt.

Eine international besetzte Jury stand hier vor der Aufgabe festzustellen, „ob Merkmale verbotener Zwangsarbeit und Ausbeutung nach international anerkannten Definitionen“ in Bezug auf politische Gefangene der SED-Diktatur erfüllt sind.

Die Jury hörte mehrere fachwissenschaftliche Vorträge zur Definition der Zwangsarbeit, deren völkerrechtliche Ächtung und zu den Grundlagen der Zwangsarbeit politischer Häftlinge der DDR in verschiedenen Industriezweigen.

Außerdem befragte die Jury 14 ehemalige politische Gefangene (4 Frauen und 10 Männer), die während ihrer Haft in unterschiedlichen Industriebereichen und zu verschiedenen Zeiten zu zwangswei-

ser Arbeit für Industriebetriebe der DDR herangezogen wurden.

Nach den gehörten Vorträgen und der durchgeführten Befragung der Zeitzeugen und Zeitzeuginnen kommt die Jury zu dem Ergebnis, daß der DDR-Strafvollzug einer der größten Arbeitgeber innerhalb der staatlichen Planwirtschaft der DDR war. Hierzu unterhielt der DDR-Strafvollzug mit seinen Einrichtungen ein flächendeckendes Netz von Arbeitseinsatzbetrieben, in denen die verschiedensten DDR-Betriebe unter Ausnutzung der generell bestehenden Arbeitspflicht der Häftlinge in der DDR für ihre Zwecke produzieren ließen.

Viele der so entstandenen Produkte waren für Exporte in das nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet bestimmt. Die nach internationalem Recht notwendige individuelle Verurteilung zu Zwangsarbeit durch das Gericht fand nicht statt.

Die Gefangenen konnten sich weder ihre Tätigkeit aussuchen, noch wurde auf ihre berufliche Qualifikation Rücksicht genommen. Die Heranziehung zur Arbeit erfolgte statt dessen allein nach den Vorgaben des Volkswirtschaftsplanes und den Möglichkeiten der jeweiligen Anstalt. Dabei wurden in den Anstaltsbetrieben die ansonsten in der DDR geltenden gesetzlichen Bestimmungen zum Gesundheits- und Arbeitsschutz vielfach nicht eingehalten.

Die Häftlinge mußten länger arbeiten als dies in den normalen Betrieben der Fall war. In der Regel wurde in den Strafanstalten zudem im Dreischichtbetrieb rund um die Uhr gearbeitet. In den Gefängnisbetrieben wurden ferner häufig körperlich schwere und gesundheitlich gefährlichere Tätigkeiten ausgeübt.

Es fehlte Arbeitskleidung und Schutzvorkehrungen zur Verhinderung von Arbeitsunfällen. So war auch die Unfallquote weitaus höher als in normalen Industriebetrieben.

Außerdem war auch die medizinische Versorgung nach Arbeitsunfällen oftmals unzureichend.

Die Arbeitspflicht der Gefangenen wurde im Zweifelsfall bei Normuntererfüllung oder Arbeitsverweigerung mit scharfen Sanktionen, Arreststrafen bis hin zu körperlicher Gewalt durchgesetzt. Die Zeugen und Zeuginnen berichteten unter anderen von Schreibverbot, Schlägen, Bedrohung mit Konsequenzen für die Kinder und der Verbringung in Stehzellen. Damit sind die Merkmale der Zwangsarbeit erfüllt. Außerdem wurde diese Zwangsarbeit in der Regel unzureichend vergütet.

Die DDR hat damit gegen alle internationalen Vereinbarungen der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation zur Zurückdrängung und Ächtung der Zwangsarbeit verstoßen und ihren Gefangenen nicht einmal die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen zur Behandlung von Gefangenen gewährt, obwohl sie diesem letztgenannten Abkommen beigetreten war.

Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht pauschal als Rechtsnachfolger der DDR anzusehen sein mag, ergibt sich doch aus der Werteordnung des Grundgesetzes und Art. 17 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 eine rechtliche Verpflichtung zur dauerhaften Aufarbeitung des SED-Unrechts und zur Schaffung angemessener Entschädigungsregelungen für die Opfer der SED-Diktatur.

Die ehemaligen politischen Gefangenen der DDR sind heute in ihrer überwältigenden Mehrheit im Wege der strafrechtlichen Rehabilitierung für die von ihnen erlittene Freiheitsentziehung entschädigt worden.

Hierzu im krassen Gegensatz steht die oftmals in Ton und Sache unangemessene Behandlung von Entschädigungsanträgen und die Dauer der entsprechenden Verfahren.

Diese Entschädigungsregelungen erfassen aber nicht die über die bloße Freiheitsentziehung hinaus zusätzlich erlittene Zwangsarbeit und hieraus resultierende psychische und physische gesundheitliche Folgeschäden, so daß hier weiterer Regelungsbedarf besteht.



Blick in den Saal.



Teil der Jury.

Zur Erleichterung der Anerkennung von Folgeschäden aus der DDR-Haft und dort erlittener Zwangsarbeit sollte bei hafttypischen Krankheitsbildern eine Regelvermutung zugunsten der Opfer der SED-Diktatur eingeführt werden bzw. die Beweislastumkehr im Sinne der Regelung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) erfolgen.

Außerdem sollte ein eigenständiger Fonds für Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsleistungen zugunsten der ehemaligen Häftlingszwangsarbeiter geschaffen werden.

Für diesen Fonds sollten vor allem die Nutznießer der politischen Zwangsarbeit in der DDR und deren Rechtsnachfolger Zahlungen leisten. Im Interesse der Geschädigten sind die politischen Mandats- und Entscheidungsträger aufgefordert, diesen Prozeß zu fördern.

Unterstützung

Das Niedersächsische Netzwerk für SED- und Stasiopfer unterstützt die Cottbuser Erklärung zur Zwangsarbeit in den Haftanstalten der ehemaligen DDR.

Eine international besetzte Jury ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der DDR-Strafvollzug einer der größten Arbeitgeber innerhalb der staatlichen Planwirtschaft der DDR war. Hierzu unterhielt der DDR-Strafvollzug ein flächendeckendes Netz von Arbeitseinsatzbetrieben, in denen die verschiedensten DDR-Betriebe unter Ausnutzung der generell bestehenden Arbeitspflicht der Häftlinge in der DDR für ihre Zwecke produzieren ließen. Viele der so entstandenen Produkte waren für Exporte in das nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet bestimmt, also vor allem für Auftraggeber aus der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland.

Vom 11. bis 13. September 2020 fand im Menschenrechtszentrum Cottbus, der früheren DDR-Strafanstalt Cottbus, auf Einladung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)

Wir begrüßen die Bereitschaft von IKEA, sich an diesem Fonds zu beteiligen. Wir fordern Firmen und politische Entscheidungsträger auf, diesem Beispiel zu folgen.

Für die Verwaltung dieses zu schaffenden Fonds kämen die Stiftung für politische Häftlinge oder die Stiftung DDR-Zwangsarbeit e. V. in Betracht.

Angesichts des fortgeschrittenen Alters der Betroffenen ist dringende Eile geboten.

Cottbus, den 13. September 2020

Dr. Matthias Bath, Peter Heidt, MdB,
Prof. Dr. Huige Li, Bada Nam, Carla Ottmann, Dr. Klára Pinerová, Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmacher, Marion Smith, Arnold Vaatz, MdB

ein Tribunal zum Thema „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ statt.

Die international besetzte Jury stellte fest, „daß Merkmale verbotener Zwangsarbeit und Ausbeutung nach international anerkannten Definitionen“ in Bezug auf politische Gefangene der SED-Diktatur erfüllt sind.

Wir unterstützen die Vorschläge nach einem eigenständigen Fonds für Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsleistungen zugunsten der ehemaligen Häftlingszwangsarbeiter. In diesen Fonds sollten vor allem die Nutznießer der politischen Zwangsarbeit in der DDR einzahlen.

Wir begrüßen die Bereitschaft von IKEA, sich an diesem Fonds zu beteiligen. Wir fordern weitere betroffene Firmen auf, diesem Beispiel zu folgen.

Gerade wenige Tage vor dem 30. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands sollte den Opfern der Zwangsarbeit unbürokratisch geholfen werden. Ihre Zahl wird täglich kleiner.

Hartmut Büttner

Appell der Solidarität

Wir, die ehemaligen politischen Häftlinge der DDR, appellieren an die Regierung der Republik Belarus, alle politischen Gefangenen in Belarus unverzüglich freizulassen und die vom Volk verlangte Aufnahme eines Dialogs zu ermöglichen.



Dieter Dombrowski wirft die gemeinsame Erklärung, die auf dem Tribunal verabschiedet wurde, in den Briefkasten der belarussischen Botschaft in Berlin.

Wir, die Deutschen, wissen was es bedeutet, wenn ein Volk geteilt ist. Bitte lassen Sie es nicht zu, daß das Volk der Republik Belarus in Auseinandersetzungen über die Zukunft Ihres Landes geteilt wird. Bitte helfen Sie mit, daß das Volk der Republik Belarus in freier Selbstbestimmung über seine Zukunft entscheiden kann.

Im Namen der anwesenden ehemaligen politischen Häftlinge und Menschenrechtsaktivisten.

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

Bürgerberatung und Ausstellung

Veranstaltung des Stasi-Unterlagen-Archivs Leipzig (BStU)

Ausstellung „Stasi Ohn(e)Macht“

Ort: Rathaus Waldheim,
Niedermarkt 1, 04736 Waldheim

Beratungstermine:

10. November 2020, 12.00 – 18.00 Uhr
11. November 2020, 10.00 – 16.00 Uhr

Zur Bürgerberatung bitten wir um Voranmeldung unter der Telefonnummer (03 41) 22 47-32 11.

Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ist erforderlich.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Das Konstruktionsbüro im Zuchthaus Cottbus

Ein Erfahrungsbericht über Haftarbeit

Von Ludwig Fromm und Bernd Lippmann

Sie galten als die geheimnisumwitterten Unbekannten in der Strafvollzugsanstalt Cottbus: die Häftlinge, die im Arbeitsbereich Konstruktionsbüro wirkten und werkelten. Um so schwieriger ist es auch heute noch, Aufgabe, Struktur und Historie dieses Bereiches zu beschreiben.

Die Überschrift suggeriert die Vorlage eines analytischen Textes, der dieses Büro vollständig und lückenlos zu beschreiben vermag. Solche Erwartungen können im folgenden nicht erfüllt werden. Eine der Ursachen dafür ist die unbefriedigende Aktenlage. Sinn und Zweck des Konstruktionsbüros bleiben im Dunkeln. Die wenigen bisher verfügbaren Unterlagen bestätigen zumindest die Existenz dieses Arbeitsbereiches. Auch die Arbeitsverweigerung im Jahr 1975 ist durch die Vollzugsakte eines Gefangenen belegt. Möglicherweise befinden sich aussagekräftige Unterlagen in den Beständen des Innenministeriums der DDR. Es gibt also Forschungsbedarf.

Arbeitsbereiche im Zuchthaus Cottbus

Die meisten Strafgefangenen im Zuchthaus Cottbus waren in Produktionsprozesse einbezogen und einer bezahlten Tätigkeit unterworfen. Ausgenommen davon waren einige wenige Häftlinge, die eine Arbeit ablehnten. Sie befanden sich auf der „Nichtarbeiterstation“, zum Beispiel Dieter Graeser. Andere Häftlinge, wie der Schriftsteller Siegmund Faust, be-

fanden sich in „Absonderung“. In vier Bereichen hatten die Häftlinge ihren Beitrag zur Volkswirtschaft der DDR zu leisten: Pentacon, Sprela, Konstruktionsbüro und Außenkommando Welzow.

Die Arbeitsbereiche Pentacon, Sprela und Konstruktionsbüro befanden sich auf dem Gelände der Haftanstalt. Unterschiede zwischen politischen und anderen Häftlingen beim Einsatz innerhalb der Haftanstalt bestanden nicht, alle hatten ihre Verpflichtungen gleichermaßen zu erfüllen. Die Position eines „Vorarbeiters“ wurde in der Regel von Gefangenen wahrgenommen, die wegen krimineller Vergehen inhaftiert waren.

Eher symbolisch zu verstehen war, was die Häftlinge am Ende des Monats für ihre Leistungen in der Hand hielten: Nicht mehr als 20 bis 60 Mark „Knastgeld“. Selbstverständlich bezahlten die auftraggebenden Zivilbetriebe höhere Beträge an das Haftsystem, das den Differenzbetrag „einstrich“.

Im Arbeitsbereich Pentacon wurden Teile von Fotokameras der Firma Pentacon Dresden hergestellt bzw. bearbeitet. Die Stanzerie und die Entgraterei waren, vor allem wegen schrottreifer Maschinen, bekannt für eine hohe Unfallhäufigkeit. Bei Sprela wurden Plastikteile geschliffen, gebohrt und gefräst. Da die Staubbelastung extrem hoch war, wurde täglich Milch gereicht. Auftraggebender Betrieb war Sprechelart Spremberg.

Zu den Besonderheiten und Merkwürdigkeiten des Zuchthauses Cottbus zählte mit dem Konstruktionsbüro ein Arbeitsbereich, den kaum ein Insasse der Anstalt kannte. Obwohl keineswegs irgendwie getarnt, befand er sich doch im Verborgenen. Darüber hinaus bestand er nur temporär.

Die Strafgefangenen im Konstruktionsbüro der StVA Cottbus arbeiteten ganz oder teilweise für ein Ingenieurbüro in Lübben oder Lübbenau. Ein Ingenieur dieser Firma kam in regelmäßigen Abständen in das Konstruktionsbüro, um über Aufgaben zu informieren, inhaltliche Absprachen zu treffen und fertige Leistungen (Berechnungen und/oder Pläne) abzuholen. Keiner der Häftlinge wurde als Projektant aufgeführt, offiziell existierte das Konstruktionsbüro nicht, die entstandenen Arbeitsleistungen wurden einem zivilen Ingenieurbüro zugeschrieben.

Zuständiger Offizier („Erzieher“) war ein Funktionär namens Rosenthal. Möglicherweise gehörte er aber auch zur Leitungsebene des Zuchthauses und war nur unter anderem für das Konstruktionsbüro zuständig.

Die Haftarbeit im Konstruktionsbüro

Im Kobüro, wie das Konstruktionsbüro in Kurzform oft genannt wurde, waren unterschiedliche Projekte zu erarbeiten. Themen waren Sanierung, Modernisierung, Architektur und stadträumliche Problemstellungen. Aufgaben, die sich nur mit einer Gruppe fachlich kompetenter Häftlinge umsetzen ließen. Entsprechend wurden die Häftlinge nach ihrer fachlichen Qualifikation ausgesucht: Die Gruppe bestand aus Ingenieuren, Architekten, Physikern und Mathematikern.

Teilweise wurden eigenständige Bauaufgaben geplant, teilweise waren es planerische Zuarbeiten zu Bauvorhaben, die von einem Ingenieurbüro in Lübben oder Lübbenau bearbeitet wurden. Einfamilienhäuser wurden saniert, der Umbau eines Mehrfamilienhauses in Cottbus wurde geplant, eine Feriensiedlung am Schwielochsee entworfen und kleinere Maßnahmen in Berlin vorbereitet.



Das Zuchthaus Cottbus, 2013.

Neben Objekten im Bereich des Walter-Ulbricht-Stadions (Stadion der Weltjugend) bearbeitete das Konstruktionsbüro vermutlich auch eine Neubausiedlung in Eggersdorf bei Strausberg, die direkt im Wald gelegen war. Extra für diese Kolonie von Wochenend- und Einfamilienhäusern am Bötzeesee wurde eine Straße in den Wald gebaut.

Unvergeßlich ist ein Arbeitseinsatz in Cottbus. Dabei ging es darum, das erwähnte Mehrfamilienhaus umzubauen. Drei oder vier Häftlinge wurden ausgewählt, um das „Objekt“ vor Ort aufzumessen. Bewaffnete Wärter begleiteten die Expedition. Das Haus war leer, nur im Keller weckte ein vergessener Rest einst sehr privater Dinge, speziell Fotoalben, die Aufmerksamkeit der Wächter. Gebeugt über Familien- und Reisefotografien vergaßen die Uniformierten ihren Auftrag. Erst als sie wahrnahmen, daß die Strafgefangenen, die das Aufmaß beendet hatten, plötzlich in bedrohlicher Nähe im Kellerraum standen, brach Panik bei der Wachmannschaft aus. Die Domestiken wurden sich ihrer Aufgaben wieder bewußt. In aggressivem Befehlston verlangten sie eine Meldung und dirigierten die Kobüro-Häftlinge in den Gefangenentransporter.

Die Gefangenenarbeit in den StVE (Strafvollzugseinrichtungen) der DDR wurde zentral organisiert. Das „Großkombinat Knast“, wie „Der Spiegel“ 1990 den organisierten Einsatz von Strafgefangenen in sogenannten Arbeitseinsatzbetrieben, also den StVE, nannte, wurde von der VSV (Verwaltung Strafvollzug) im Mdl (Ministerium des Innern) geleitet.

Die VSV als oberste Dienststelle war befugt, richtungsweisende Befehle und Dienstanweisungen zu erteilen. Zu ihren Aufgaben gehörte auch, die Betriebe auszuwählen, die mit Strafvollzugsanstalten kooperierten. Entscheidende Kriterien waren die volkswirtschaftliche Bedeutung und die technologischen Möglichkeiten, bestimmte Arbeiten unter den Bedingungen des Strafvollzuges ausführen zu können. Wie der IKEA-Skandal zeigte, wurde noch ein drittes Kriterium wirksam, nämlich die Möglichkeiten, durch Gefangenenarbeit Devisen einzunehmen.

Das Konstruktionsbüro

Das Kobüro galt unter den Häftlingen als eine Art „magischer Punkt“; man wußte nicht so recht, was dort gemacht wurde und welche Leute dort arbeiteten. Zunächst befanden sich die Häftlinge des Ko-

büros auf dem EB 3 („Erziehungsbereich“) in Haus 1. Ihre Schlafzelle befand sich gegenüber den Zellen der „Nichtarbeiter“.

Die Kobüro-Leute galten den Nichtarbeitern als gute Kameraden, denn sie halfen dort aus, wo es am meisten mangelte: an Lebensmitteln. Die Verpflegung im Kobüro war die beste (bzw. die am wenigsten schlechte) im Zuchthaus, die Verpflegung für die Nichtarbeiter die schlechteste. Zum Beispiel bekamen die Kobüro-Leute täglich etwas Milch, was ansonsten nur Häftlingen aus dem schwer gesundheitsschädigenden Bereich (schadstoffhaltige Luft, z.B. bei Sprela) zugestanden wurde.

Etwa im Jahr 1975 wurde das Büro nach Haus 3 verlegt, die Zellen befanden sich damit über der Sanitätsstation. Gegenüber Haus 3 befand sich in einem ehemaligen Fabriksaal die Arbeitszelle des Konstruktionsbüros. Wegen des kurzen Weges zwischen Schlaf- und Arbeitszelle hatten die Häftlinge aus dem Konstruktionsbüro verhältnismäßig wenig Kontakt zu anderen Insassen des Zuchthauses.

Mit dem Umzug in das Haus 3 kam es zwischen dem Wachpersonal und den Häftlingen zu einem einzigartigen Deal: Komplettsäuberung des Treppenhauses „nebenbei“ durch die Strafgefangenen und legales Musikhören als Lob. So hieß das Motto. Dabei ging es um die PVC- und Linoleumflächen im Treppenhaus der neuen Unterkunft. Diese waren durch eine Kniestschicht bedeckt, die sich über Jahrzehnte als Mischung aus Dreck und einmassiertem Bohnerwachs gebildet hatte. Besonders auffällig war die Verschmutzung auf den Treppenstufen. Da, wo die Schuhsohlen der Treppennutzer bei jeder Berührung einen leichten Schleifeffekt erzeugten, waren Material und Farbe des Oberflächenmaterials der Setzstufen von Treppen und Podesten noch erkennbar.

Diese Flächen machten etwa ein Drittel der Stufenfläche aus. Der Rest wurde durch eine reinigungsresistente Schmutzschicht scheinbar unwiderruflich verdeckt. Der Deal: Die Strafgefangenen sollten nach „Dienstschluß“ die Treppenstufen mit Rasierklingen und ähnlichen Werkzeugen reinigen und dann, nach erfolgreicher Beendigung der Treppensanierung, einen tragbaren Schallplattenspieler und einige Langspielplatten mit klassischer Musik nach Absprache nutzen dürfen.

Alles klappte wie vereinbart: Die Treppe erstrahlte (allerdings wahrscheinlich



Gino Kuhn: Urteil Cottbus, Kohle auf Büten, 1979.

nur kurzzeitig) in neuem Glanz und Felix Mendelssohn Bartholdys Sinfonie Nr. 4 in A-Dur, bekannt als „Die Italienische“, verwandelte hin und wieder einen repressiven Ort der Unfreiheit in einen akustisch geformten Kulturraum.

Im Kobüro hatten die Gefangenen den ganzen Arbeitstag über „Ruhe“. Schließer sah man nur kommen und gehen, wenn die Kalfaktoren das Essen brachten. Man kann sagen, daß das Konstruktionsbüro der einzige Arbeitsbereich im Zuchthaus Cottbus war, in dem die Gesundheit der Insassen nicht systematisch geschädigt wurde.

Das vorläufige Ende 1975

Ende Sommer 1975 arbeiteten zehn Häftlinge im Konstruktionsbüro. Neun von ihnen hatten einen Ausreiseantrag gestellt, waren also „Ausweiser“. Der Zehnte war ein ehemaliger SED-Funktionär, der als „Bridscher“ (Brigadier) fungierte. Er war eine Art „Vorarbeiter“, sein Wunsch war es, in die DDR entlassen zu werden. Wegen er sich in Haft befand, war den anderen Häftlingen unklar.

Eines Tages, wohl im August 1975, wurde einer der Kobüro-Leute, nämlich Bernd Lippmann, in einen anderen Arbeitsbereich, zu Sprela, verlegt. Kurz



darauf wurden die anderen neun Häftlinge beauftragt, Kanalisationsobjekte im Sicherheitsbereich zu projektieren.

Vermutlich ging es dabei um die Stasi-Untersuchungshaftanstalt am Spreeufer. Ein Ansinnen, welches das Selbstverständnis der Strafgefangenen als Ausweiser tiefgehend berührte.

Selbstverständlich lehnten alle bis auf den besagten ehemaligen Funktionär ab. Alle acht Häftlinge kamen wegen Arbeitsverweigerung in die „Mumpe“ (Strafzelle in der Haftanstalt). Andere Ausdrücke für den Strengen Arrest waren „Bunker“, „volles Haus“ oder „3 x 7 und eine Decke“, ein Ausdruck mit erklärender Oberfläche. Nach zwei Wochen wurden die Arresthäftlinge erneut befragt. Wie beim ersten Mal leitete ein Hauptmann, der nicht zum Cottbusser Personal gehörte, die Verhandlung. Wieder lehnten alle ab. An den Gründen hatte sich ja nichts geändert. Auch nach zwei kalten,

feuchten und lichtlosen Arrestwochen gab es zu der praktizierten Arbeitsverweigerung keine Alternative.

Nach einer weiteren Woche wurden die Häftlinge ohne Vorankündigung aus der Mumpe entlassen und auf die Arbeitsbereiche der StVA verteilt. Nach wie vor ist es unklar, warum man den acht Gefangenen, die allesamt einen Ausreiseantrag gestellt hatten, diese Arbeit zumuten wollte. Die Verweigerung war schließlich programmiert. Das bedeutete zugleich das Ende des Konstruktionsbüros. Ende der 70er Jahre wurde es für kurze Zeit reaktiviert.

Häftlinge im Konstruktionsbüro

Trotz der Konzentration politischer Gefangener in allen Arbeitsbereichen des Zuchthauses war der Anteil krimineller Häftlinge hoch. Schätzungen gehen von 30 bis 50 Prozent aus. Das Konstruktionsbüro bestand personell zu fast 100 Prozent aus politischen Häftlingen; fast

alle waren Antragsteller auf Ausreise in den Westen.

Im Konstruktionsbüro waren u.a. Peter Aust (Wärmetechnik), Alexander Köppen (Haustechnik), Ludwig Fromm (Architektur), Bernd Lippmann (Mathematik) tätig. Peter Aust kam nach der Zeit in der Mumpe zum Einsatzbereich 8 (Pentacon). Dort blieb er bis Juli 1976, wurde danach ins Zuchthaus Brandenburg verbracht, um im Anschluß in die DDR (!) entlassen zu werden.

Erst viel später durfte Aust doch noch in den Westen ausreisen. Dort ist er als bald verstorben. Seine Witwe, Eva Aust, ist eine ehemalige Insassin des Frauengefängnisses Hoheneck. Fromm, Köppen und Lippmann nahmen nach der Entlassung im Westteil Berlins ihren Wohnsitz. Höchstwahrscheinlich wurden alle politischen Häftlinge des Konstruktionsbüros durch die Bundesrepublik Deutschland freigekauft.

BSTU
0034

Entwicklungs- und Beobachtungsbogen und Übersicht über Anerkennungen und Disziplinarmaßnahmen
(diese besonders hervorheben und Blattnummer angeben)

Datum	Einschätzung	Kurzz.
27.02.75	Einsatz im Konstruktionsbüro	Ke
28.03.75	Wird wenig in Einbeziehung. Arbeitsmäßig gibt es keine Besonderheiten.	Ke
24.10.75	Sf. wurde wegen Arbeitsverweigerung mit 18t-jährigen E-Arbeit u. 11000 L. Haftaufgabe beauftragt.	Ke
13.10.75	Verlegung in ein anderes Bz. auf Grund der Arbeitsverweigerung.	

Nachweis über Unterbringung, Arbeitsfähigkeit und Arbeitseinsatz

Anzuwendende Abkürzungen:

- Ständig verschl. Verwahrraum = Stv
- nicht ständig verschl. Verwahrraum = Nstv
- Gemeinschaftshaft = G
- Einzelhaft = E
- Absonderung = AS
- Freizeitarrrest = FA
- Einzelarrest = EA
- Krankenrevier = Kr

Datum	Unterbringung Vollzugsabt., Stat., Verwahrraum-Nr.	Arbeitsfähigkeit Arbeitseinsatz / Tätigkeit	Vorgang Nr.
18.07.74	SIVA Cottbus E13 11 023	Arbeitsfähig	BSTU
27.02.75	13 11 / VR 381	Konstruktionsbüro	0033

dokumentiert

Lager waren kein Ausrutscher

Rede des Ministerpräsidenten von Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, am 30. August 2020 auf der Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Errichtung des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen

Sehr geehrter Herr Joachim Krüger, sehr geehrter Herr Karl-Wilhelm Wichmann, sehr geehrter Herr Axel Drecoll, sehr geehrte Frau Maria Nooke, sehr geehrter Herr Dieter Dombrowski, meine Damen und Herren,

auch wenn es in diesem Jahr nur im kleinen Rahmen möglich ist: Ich bin dankbar, daß wir heute hier zusammenkommen. Gemeinsam wollen wir an ein Kapitel deutscher Geschichte erinnern, daß viel zu lange verschwiegen wurde. Um so wichtiger ist es, daß wir auch in schwierigen Zeiten die Erinnerung an die Speziallager wachhalten.

Herzstück dieser Erinnerung ist die Begegnung. Es schmerzt, daß wir im Moment wegen der Corona-Pandemie weitestgehend darauf verzichten müssen. Ich hoffe, daß wir gemeinsam über den digitalen Weg dennoch viele Menschen erreichen. Vor allem jene, die ich heute gern persönlich getroffen hätte, die hier viel Leid erleben mußten. Mein ganz besonderer Gruß gilt Ihnen!

Meine Damen und Herren,

hier in Sachsenhausen haben wir im April an den 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers und das Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert.

Unser Gedenken an die Abermillionen Opfer und die unfabaren Verbrechen dieser Zeit ist grundlegend für unser Leben in Frieden und Demokratie. Es erinnert uns daran: Haß und Gewalt zerstören alles. Der Krieg kennt keine Gewinner, nur Leid, Elend und Tod.

Genauso wichtig ist es, daran zu erinnern, daß mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Freiheit und Menschlichkeit nicht für alle Menschen zurückkehrten.

Die Errichtung des Speziallagers Sachsenhausen im August 1945, sowie der anderen Speziallager, war eine direkte Folge des von Deutschland entfesselten Krieges. Doch die Verantwortung für das,

was an diesen Orten nach Kriegsende geschehen ist, lag allein in den Händen der sowjetischen Besatzungsmacht.

Allein hier in Sachsenhausen wurden bis 1950 etwa 60 000 Menschen festgehalten, vollständig von der Außenwelt isoliert. 12 000 von ihnen starben infolge katastrophaler Haftbedingungen. Hunger, Krankheit und Tod waren ständige Begleiter.

Das Leid Tausender Menschen wurde nicht nur sehenden Auges in Kauf genommen. Durch eine inhumane Versorgung wurde es zusätzlich forciert. Für viele endete dieses Martyrium in einem letzten verbrecherischen Akt der Unmenschlichkeit – nackt und anonym in einem Massengrab.

Die Leidtragenden waren Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer – Menschen, die ohne eine Chance, ihre Unschuld zu belegen, einfach weggesperrt wurden. Am Beispiel von Ihnen, lieber Herr Wichmann, können wir sehen, wie schnell einen dieses Schicksal ereilen konnte. Ein freier Gedanke, ein kritisches Wort konnten zu jahrelangem Leid führen.

Es hat mich sehr berührt, als ich gelesen habe, was Ihnen widerfahren ist. Ihre Überlegungen zur Meinungsfreiheit und zum Frieden in Deutschland waren für den NKWD Anlaß genug, Ihnen acht Jahre Ihres Lebens zu stehlen.

Tausende Menschen teilen Ihr Schicksal. So wie Sie waren sie in übergroßer Mehrheit keine NS-Kriegsverbrecher, keine eingefleischten Nazis ... – sie waren oftmals jung und sie waren in großer Mehrheit unschuldig!

Viele Jugendliche – auch junge Frauen – wurden zudem direkt in die Sowjetunion

verschleppt. In Zwangsarbeitslagern erlitten sie schlimmstes Leid. Nicht wenige starben fernab ihrer Heimat, andere kehrten erst nach Jahren – oftmals krank und traumatisiert zurück.

Unter dem Unrecht litten nicht nur die Inhaftierten. Auch ihre Angehörigen hatten eine qualvolle Zeit. Jegliche Auskunft über den Verbleib Ihrer Liebsten wurde ihnen verweigert. Das hat viele krank vor Sorge gemacht. Bis heute gibt es Menschen, die nach Antworten suchen auf die Frage: Was ist mit meinem Vater, meiner



Karl-Wilhelm Wichmann übergibt dem Ministerpräsidenten (r.) seine unveröffentlichte Autobiographie.

Schwester, meinem Ehepartner damals geschehen?

In der DDR durfte über solche Schicksale nicht geredet werden. Sie, Herr Wichmann, und Ihre Leidensgenossen zahlten auch für diese Tabuisierung einen hohen Preis. Vierzig Jahre lang konnten Sie über die tatsächlichen Hintergründe Ihrer jahrelangen Haft mit niemandem offen sprechen.

Die Erinnerung an die Leiden von Menschen wurde staatlich verdrängt. Für die Überlebenden aber hat sich das Erlittene für immer ins Gedächtnis eingebrannt. Für sie stehen die Lager bis heute für Ohnmacht, Gewalt und Mißachtung ihrer Würde.

Mit dem Fall der Mauer vor fast 31 Jahren brach auch das Schweigen. Überlebende und Angehörige haben hier an diesem Ort vor 30 Jahren den „Stein des Anstoßes“ gesetzt für die dringend notwendige Auseinandersetzung mit den Speziallagern.

Seitdem wurde viel getan. Die Vergangenheit der sowjetischen Internierungslager wurde Stück für Stück wissenschaftlich und gesellschaftlich aufgearbeitet. Wir wissen heute viel mehr über das, was in diesen Lagern geschehen ist. Wir wis-

Foto: Staatskanzlei Brandenburg/angels



sen, um die Brutalität und Unmenschlichkeit der sowjetischen Militäradministration. Wir wissen, daß wir das System der Speziallager vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Verbrechen des Stalinismus begreifen müssen.

Die Forschungsergebnisse sind eindeutig: Die Lager dienten der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und der Durchsetzung des kommunistischen Führungsanspruchs. Sie waren kein Ausrutscher, sondern elementarer Teil des stalinistischen Repressionsapparates. Bis heute kommt es deshalb darauf an, die Sensibilität für diese Verbrechen und dieses Unrecht zu schärfen.

Viel zu lang wurden die Speziallager nur als angemessene Antwort auf die von Deutschen verübten unvorstellbaren NS-Verbrechen dargestellt. Noch immer fällt es einigen schwer, stalinistische Verbrechen als das zu benennen, was sie waren: ...Verbrechen!

Mit diesen klaren Worten wird in keiner Weise deutsche Schuld und Verantwortung für den monströsen NS-Terror relativiert. Das Menschheitsverbrechen Holocaust ist singulär. Aber fest steht dennoch: Jeder Tote an diesem Ort war ein Toter zu viel.

Jugend erinnert

Das Förderprogramm „Jugend erinnert“ ist 2017 von der Bundesregierung beschlossen worden. Ziel der Förderlinie „Aufarbeitung des SED-Unrechts“ ist es, junge Menschen durch außerschulische Bildung dazu anzuregen, sich mit der SED-Diktatur und ihren bis heute andauernden Folgen für die Opfer und die gesamtdeutsche Gesellschaft auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck sollen sich Aufarbeitungseinrichtungen wie Gedenkstätten, Museen oder Wissenschaftsorganisationen stärker mit Trägern der Bildungs-, Jugend- und Kulturarbeit sowie mit Jugendorganisationen verzahnen und zeitgemäße, innovative Bildungsformate entwickeln.

Um der Gefahr einer Verharmlosung autoritärer Regime vorzubeugen, das Demokratieverständnis gerade junger Menschen durch außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit zu stärken und die gesellschaftliche Anerkennung der Opfer der SED-Diktatur weiter zu befördern, hat Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters 2019 das im Koalitionsvertrag verankerte Förderprogramm „Ju-

Die letzten 30 Jahre der Aufarbeitung haben gezeigt: Es ist nicht immer einfach zu akzeptieren, daß auf Unrecht neues Unrecht folgte. Doch unsere gemeinsame Aufgabe ist es, daß wir die Erinnerung an diese Wahrheit wachhalten.

Gerade junge Menschen, die nichts von alledem miterlebt haben, müssen wissen, was Menschen bereit sind, anderen Menschen anzutun. Nur so werden sie erkennen, daß jeder einzelne von uns mit seinem Verhalten dazu beitragen kann, daß Frieden und Demokratie erhalten bleiben – für alle Menschen.

Auch die Geschichte der Speziallager zeigt: Wie wichtig es ist, daß wir Menschen als Mensch sehen.

Daß wir einander zuhören. Daß wir auch in schweren Zeiten einander mit Empathie begegnen.

Der unermüdlichen Kraft der Zeitzeugen und der engagierten wissenschaftlichen Arbeit verdanken wir, daß die Erinnerung an das Speziallager Sachsenhausen heute einen festen Platz in unserer Erinnerungskultur hat.

Lassen wir nicht zu, daß Rechtspopulisten und Rechtsextremisten mit ihrem

gend erinnert“ ins Leben gerufen. Neben dem bereits bestehenden Teilprogramm zur Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur startet mit dieser Ausschreibung nun die Förderlinie zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und seinen Folgen.

Antragsberechtigte und Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt und Zuwendungsempfänger sind gemeinnützige juristische Personen (z.B. Gedenkstätten, Museen, Dokumentationszentren und Wissenschaftsorganisationen, Vereine und Institutionen der historisch-politischen Bildungsarbeit) mit Sitz in Deutschland, die sich in mindestens einem Arbeitsschwerpunkt mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen.

Es können sich auch mehrere Aufarbeitungseinrichtungen zusammenschließen, von denen eine den gemeinsam entwickelten Antrag stellt.

Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Wege der Projektförderung als Fehlbedarfsfinanzie-

Ruf nach Umkehr der Erinnerungskultur Gehör finden, daß Schicksale und Opfer gegeneinander aufgerechnet und ausgespielt werden.

Was wir wirklich brauchen, ist eine Gesellschaft, die ihren Blick dafür schärft, welche Lehren der Vergangenheit heute demokratiefördernd und friedenserhalten sind.

Nach all meinen Begegnungen mit Überlebenden der Speziallager weiß ich: Sie alle haben dazu etwas zu sagen. Sie alle stehen für den Wunsch nach einem menschlichen, respektvollen, demokratischen Miteinander.

Deshalb hoffe ich, daß die so wichtigen Begegnungen mit Ihnen bald wieder einfacher möglich sind.

Und ich wünsche mir, daß Sie Ihr Engagement noch lange weiterführen. All jenen, die hier in Sachsenhausen ihr Leben gelassen und gelitten haben, gilt unsere Erinnerung!

Wir gedenken der unschuldigen Opfer heute in tiefem Respekt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. 

rung gewährt. Eine angemessene Mitfinanzierung durch Länder, Kommunen oder Dritte wird erwartet; begründete Ausnahmen sind möglich. Fördermittel können pro Projekt in Höhe von in der Regel 40 000 Euro bis 200 000 Euro als nicht rückzahlbarer Zuschuß über eine Laufzeit bis maximal Ende 2023 bewilligt werden.

Verfahren

Anträge auf Förderung durch das Förderprogramm „Jugend erinnert“, Förderlinie SED-Unrecht, können **bis zum 15.02. 2020** bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Programm „Jugend erinnert“, Kronenstraße 5, 10117 Berlin gestellt werden.

Nähere Angaben zum Förderprogramm „Jugend erinnert“, Förderlinie SED-Unrecht, finden Sie auf den Webseiten der Kulturstaatsministerin und der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Details zur Antragstellung entnehmen Sie bitte den Fördergrundsätzen sowie den FAQ zur Projektförderung. 

Gegen fortschreitende Verklärung

(uokg)Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), hat zum Tag der deutschen Einheit festgestellt: „Es ist ein Tag der Freude für alle Deutschen und ein ermunterndes Zeichen für die ganze Welt, daß friedliche Revolutionen erfolgreich sein können. Wichtig ist, daß die Deutschen in allen Teilen unseres Landes mehr übereinander erfahren. Darum sollten Dialoge nicht nur in Jubiläumsjahren stattfinden.“

Dombrowski weiter: „In der DDR war natürlich nicht alles schlecht, aber der fortschreitenden Verklärung des SED-Regimes müssen wir entgegentreten. Es ist für die Opfer unerträglich, daß Äußerungen von Gregor Gysi (die Linke), wie

„Die NSDAP hat Berge von Leichen und die SED Berge von Akten hinterlassen‘ nicht zu einem öffentlichen Aufschrei führen, denn Hunderttausende von Opfern des SED-Unrechts sind keine Akten. Es ist auch unerträglich, daß ohne öffentlichen Aufschrei in der letzten Woche gegenüber der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam ein DDR-Laden mit dem Symbol der Jungen Pioniere eröffnet hat, um Dosen mit ‚NVA-Erbsensuppe‘ zu verkaufen, die es in der DDR nicht einmal gegeben hat.“

„Jeder Mensch“, so Dombrowski abschließend, „hat ein Recht auf Heimat und gute Erinnerungen, aber mit Rücksicht auf andere darf die Banalisierung von Unrecht nicht weiter voranschreiten.“

Einladung

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlussveranstaltung ein:

Samstag, 5. Dezember, Beginn 10.00 Uhr, Ratsstube Johannisplatz 1, 09111 Chemnitz; Einlaß ab 9.30 Uhr

Das 30. Jahr der Wiedervereinigung, dominiert durch die Corona-Pandemie, brachte auch Zeit, über Vergangenes intensiver nachzudenken.

Im Jubiläumsjahr ein denkwürdiger Anlaß für ein Wiedersehen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Teilnahmebestätigung: Telefonisch unter (0176) 76 75 75 51, per E-Mail an VOS.Chemnitz@web.de

Der Vorstand der VOS Chemnitz/
Hohenstein Ernstthal/Stollberg

Bautzen-Komitee zu Belarus

Liebe Freundinnen und Freunde in Belarus,

das Bautzen-Komitee als eine Vereinigung der politischen Häftlinge der DDR und alle Teilnehmer des 31. Bautzen Forums verurteilen jede Form von Diktaturen. Daher verurteilen wir auch die seit 1994 in Eurem Land bestehende Diktatur unter der Führung von Aljaksandr Lukaschenko.

Mit großem Respekt verfolgen wir die mutigen Aktionen der Frauen und Männer in Belarus, die sich für die Freiheit

und Unabhängigkeit ihres Landes einsetzen. Wir wissen um Eure schwierige Lage, denn auch wir haben schon einmal friedlich eine Diktatur überwunden.

Daher fühlen wir uns aus tiefstem Herzen mit Euch verbunden und rufen Euch zu: Laßt Euch nicht einschüchtern! Streitet weiter mit friedlichen Mitteln!

Wir sind mit solidarischen Gedanken bei Euch.

Alexander Latotzky,
Vorsitzender

Bautzen, 10.9.2020

Ausstellung in Bautzen

Das Jahr 1989 hat Europa verändert, und Europa hat sich seitdem weiter gewandelt. Die Öffnung der Mauer, die Demonstrationen in Prag, die Schüsse der rumänischen Geheimpolizei auf Bürger, die Sturmung von Stasi-Zentralen – der Fotograf Mirko Krizanovic dokumentierte Momente dieser Zeitenwende im Osten vor 30 Jahren, den folgenden Wandel und die Umbrüche im Osten Europas. Rasant lösten sich die kommunistischen Herrschaftssysteme Mittel- und Osteuropas auf. Diese politischen und ökonomischen Umwälzungen hatten gemeinsame Ursachen, aber sehr unterschiedliche Verläufe und Ergebnisse: In der ehemaligen DDR gelang die Revolution friedlich, in Rumänien kam es zu blutigen Kämpfen mit zahlreichen Toten und Jugoslawien zerfiel in mehreren Kriegen.

Mirko Krizanovic ist freier Fotojournalist. Von 1987 bis 1994 war er Redaktionsfotograf der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Reportage-Reisen führten ihn in über 40 Länder. Krizanovics Bilder ordnet Prof. Dr. Tim Buchen mit seinen Ausstellungstexten in ein historisches Gesamtbild ein. Dieser Kontext zeigt deutlich die Besonderheit des friedlichen Charakters der Revolution in der ehemaligen DDR. Tim Buchen ist Historiker an der Technischen Universität Dresden und Experte für Osteuropa.

Gefahr für Demokratie erkennen

Zum Internationalen Tag der Demokratie am 15. September 2020 hat die Bundesstiftung Aufarbeitung an demokratische Rechte und Freiheiten erinnert.

In Belarus gehen die Menschen für mehr Demokratie und freie Wahlen auf die Straßen, um die Diktatur Lukaschenkos mit friedlichen Mitteln zu beenden. Auch in anderen Staaten sitzen autoritäre Regime weiter fest im Sattel. Wahlen finden dort nur zum Schein statt und ändern nichts an den ungleichen Machtverhältnissen zwischen Regierenden und Regierten. Und in Deutschland wird die politische Mitte von rechts und links immer stärker bedrängt und stellt demokratische und rechtsstaatliche Werte

mit Verschwörungstheorien und Gewalt in Frage.

Die kritische Auseinandersetzung mit autoritären Herrschaftssystemen in Gegenwart und Vergangenheit ist unverzichtbar, um die Gefahren für die Demokratie zu erkennen und abzuwehren. Die von der Bundesstiftung veranstaltete „Lange Nacht der Demokratie“ konnte in diesem Jahr coronabedingt nicht stattfinden. Die Bundesstiftung Aufarbeitung wird mit ihren Veranstaltungen, den von ihr geförderten Projekten und ihren Kommentaren, weiterhin einen Beitrag dazu leisten, die Demokratie zu fördern, und dazu gehört auch eine freie und streitbare Debattenkultur.



Die von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erarbeitete Wanderausstellung „1989 Zeitenwende: Osteuropa zwischen Friedlicher Revolution und Gewalt“ ist noch bis zum 13.

November in der Gedenkstätte Bautzen zu sehen.

Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen 

Verkauf

Wegen notwendiger Auswanderung verkaufe ich gegen Höchstangebot das Bundesverdienstkreuz am Bande meines Vaters sowie meines. **Tel. (022 23) 221 46**

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2021“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2021 ist erschienen. Der Kalender möchte an das erste gemeinsame Jahr der Deutschen erinnern: 30 Jahre später schafft er mit einer tagesgenauen Chronik ein spannendes Panorama des Jahres 1991 und erzählt so die Geschichte der deutschen Vereinigung nach der Erlangung der staatlichen Einheit weiter.

Die Chronik berichtet in kurzen Meldungen, wie im Frühjahr 1991 die Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Umstellung zwischen Elbe und Oder immer offener zu Tage treten. Sie schildert, wie zahlreiche Betriebe schließen müssen, während die Treuhandanstalt immer mehr zum öffentlichen Feindbild wird. Der Kalender ruft die schwierigen Startbedingungen der ostdeutschen Gemeinden, Städte und Länder ins Gedächtnis. Er berichtet von den großen Anstrengungen und der Solidarität der Deutschen untereinander sowie von der beginnenden Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Schlaglichtartig wird an die Neuerungen und Probleme erinnert, die den Alltag

vieler Menschen in Ostdeutschland schon bald bestimmen, aber auch an die Welle fremdenfeindlicher Ausschreitungen, die das Jahr in Ost und West prägen. Die Chronik beschreibt darüber hinaus die zum Teil dramatischen Entwicklungen im ehemaligen kommunistischen Machtbereich in Europa, die zahlreichen Unabhängigkeitsbewegungen und das Ende der einstigen Supermacht Sowjetunion.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können bei der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 oder per E-Mail an buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Suchanzeigen

17. Juni 1953

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir arbeiten derzeit an einem 45-minütigen Dokumentarfilm für die ARD über den Potsdamer Platz. Natürlich muß dabei der 17. Juni gebührend berücksichtigt werden. Unser Problem: Wir finden keine Zeitzeugen. Entweder sind sie schon tot oder kamen damals nicht bis zum Potsdamer Platz durch.

Können Sie uns helfen? Es kann doch nicht sein, daß niemand mehr von den Ereignissen am Potsdamer Platz berichten kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gerald Endres

Kontakt: Gerald Endres, Lange Reihe 16, 14532 Kleinmachnow, Telefon (033 203) 7 94 37; mobil (0175)160 92 89 E-mail g.endres@boennen-endres.de, <http://www.boennen-endres.de>

Gesucht

Ich suche Lotti Walther (1954 wohnhaft in Karl-Marx-Stadt, Straße der Einheit 63), die Verlobte meines Freundes Ingolf Klein, Mitglied unserer Widerstandsgruppe an der Universität Leipzig, ermordet am 7.12.1954 vom deutschen Wachpersonal in Bautzen.

Dr. F.W. Schlomann, Oberkasseler Str. 78B, 53639 Königswinter

Abschied

Achim Grill

Mit großem Bedauern haben wir erst jetzt erfahren, daß unser Gründer und ehemaliger Vorsitzender der „Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt“, Achim Grill, bereits am 28. Februar 2020 verstorben ist.

Achim Grill starb nach längerer, schwerer Krankheit. Er hatte 2010 seine Tätigkeiten aufgegeben und litt sehr unter den



Achim Grill, 2006.

vielen, wenig erfolgreichen Aktivitäten. Es regte ihn zu sehr auf, so daß er mich vor einigen Jahren bat, ihm keine E-Mail-Informationen mehr zu schicken.

Auch wir, SED-Zwangsausgesiedelte (nach internationalem Recht), Deportierte aus der Prignitz und dem Berliner Randgebiet, gehören zum Verband. Wir sind sehr betroffen, daß unser über lange Jahre höchst aktiver Vorsitzender, von uns gegangen ist.

Achim Grill wurde am 17.12.1937 im heutigen Land Sachsen-Anhalt geboren. Er wuchs in Barneberg im Elternhaus mit dem väterlichen Zimmermannsbetrieb auf.

Er erlebt als 14-Jähriger mit seiner Mutter, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als der Vater im Krankenhaus liegt, das schlimmste, unvergeßliche und prägende Erlebnis seines Lebens. In den frühen

Morgenstunden sitzen Mutter und Sohn am Frühstückstisch. Nahezu überfallartig tauchen mehrere Uniformierte und Zivilbeamte bei den beiden auf und verkündigen den verlogenen und hinterlistig:

„Sie haben zu Ihrem eigenen Schutz das Grenzgebiet zu verlassen! Bis zum Mittag haben Sie Zeit, ihre privaten Sachen zu packen!“

Schwer erschüttert und verzweifelt ist die Mutter am Zusammenbrechen und auch für den 14-Jährigen bricht eine Welt zusammen.

Achim Grill war 1990 einer der ersten, der dem in Thüringen gegründeten „Bund der Zwangsausgesiedelten e.V.“ beitrug und aktiv in der Führung mitwirkte. Nach der Spaltung in zwei Verbände 1992 war er im Vorstand der in Schwerin gegründeten „Föderativen Vereinigung Zwangsausgesiedelter e.V.“. Als der Vorstand dieses Vereins Jahre später aus Verzweiflung und Enttäuschung über die Reaktion der Politik den Kampf um die Aufarbeitung einstellte und sich auflöste, gründete Achim Grill die „Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt“. Er war einer der aktivsten und engagiertesten Kämpfer für unsere Opfergruppe.

Er nahm jede Möglichkeit wahr, für die Opfer gegenüber der Politik einzutreten und vertrat diese auch in der UOKG. Daß er manchmal auch bei seinen Aktivitäten mißverstanden wurde, machte einige Mitglieder von uns sehr betroffen.

Mehrere Jahre nach der Einheit wurde gesetzlich geregelt, daß Zwangsausgesiedelte, die ihre Häuser an den SED-Staat verkauft hatten, diese zurück kaufen durften. Achim Grill kaufte das Haus seiner Familie zurück, es war in einem miserablen Zustand. Über Jahre sanierte er das Gebäude. Dabei wurde er einige Male durch örtliche Beamte, die schon zu DDR-Zeiten im Amt waren, heftig behindert.

Bis heute ist die Spaltung in der Bevölkerung nirgends so groß, wie im ehemaligen Grenzgebiet. So ist es auch in meiner Heimatstadt Lenzen.

Seine Erlebnisse, von der Zwangsausiedlung bis zu den Aktivitäten mit dem eigenen Haus vor Ort und vor allem jene bei der „Aufarbeitung“ haben letztendlich nach 2010 dazu geführt, daß Achim

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder und Freunde der UOKG,

die UOKG und ihre Mitgliedsverbände sind vielfältig für die Anliegen der Opfer von SED und Kommunismus tätig. In der Geschäftsstelle werden unsere Personalkosten hauptsächlich vom Bund und vom Land Berlin finanziert, aber eben nur die Personalkosten. Auch wenn wir dafür dankbar sind, wir haben immer wieder Ausgaben, die nicht gefördert werden, und von den geringen Mitgliedsbeiträgen können wir extra Ausgaben im Rahmen von Aktivitäten nicht finanzieren.

Deshalb möchte ich Sie bitten zu prüfen, ob Sie unsere gemeinsame Arbeit mit einer Spende unterstützen können. Selbstverständlich erhalten Sie dafür eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung.

Ich bedanke mich herzlich und verbleibe mit besten Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ BIC _____

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
U O K G e. V.

IBAN
DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)
 IBAN _____

Art.-Nr.: 113 360 423 100

Datum _____ Unterschrift(en) _____

08

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!



Grill sich ganz aus der Aufarbeitung zurückgezogen hat.

Nach langjähriger Zusammenarbeit möchte ich, auch im Namen vieler Mitglieder der Opferverbände sowie im Namen der UOKG, Achim Grill Dank sagen und ihm auf diesem Weg die letzte Ehre erweisen.

Ernst-Otto Schönemann

Hans-Peter Freimark

Ein Besuch des DDR-Geschichtsmuseums im Dokumentationszentrum Perleberg gehört zu den Erlebnissen, die man nicht so schnell vergißt. Nicht nur die Sammlung von Zeugnissen aus dem Alltag beider deutscher Diktaturen ist beeindruckend, sondern vor allem die Begegnung mit dem Museumsgründer Hans-Peter Freimark hat tiefe Eindrücke bei den Besuchern hinterlassen. Der ehemalige Pfarrer sah es als seine Aufgabe, Geschichte zu vermitteln und seine Mitmenschen zum Nachdenken anzuregen. „Die Wahrheit braucht Zeugen“, so sein Eintrag in das Goldene Buch der Stadt, zu dem er – von seiner schweren Krankheit gezeichnet – vor wenigen Wochen gebeten wurde.

Hans-Peter Freimark, geboren 1945, gehörte zu den aufrechten und mutigen DDR-Pfarrern, die ihren Dienst in der Gemeinde auch als Auftrag für die Gesellschaft verstanden haben. Als Jugendpfarrer in der Priegnitz sorgte er durch seine vielfältigen Aktionen immer wieder für

Aufbruch und geriet durch seine regimekritische Haltung ins Visier der Staatssicherheit, die ihn mit Methoden der Zersetzung zum Schweigen bringen wollte.

Doch der unbeugsame Pfarrer hing weiter Protestbanner am Kirchturm auf, weckte mit Schriften und Aufklebern auf seinem Barkas die Aufmerksamkeit seiner Umgebung oder störte mit einer Sarg-Prozession das Kriegsszenario einer großen Atomschutzübung. Hans-Peter Freimark wollte nicht schweigen und ließ sich auch nicht vertreiben. Er war Teil der kirchlichen Friedensbewegung und gehörte zu den Protagonisten der Friedlichen Revolution in der DDR.

Schon zu Beginn der 1980er Jahre begann er all das zu sammeln, womit in seinem Museum heute ein kritischer Blick auf die Geschichte der DDR und der Zeit des Nationalsozialismus in Perleberg möglich geworden ist. Als er in Ruhestand ging, gab er noch lange nicht Ruhe. Der Aufbau des Geschichtsmuseums und die Aufarbeitung der Diktaturgeschichte wurden zu seinem Lebenswerk.

Im Kreis der Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände des Landes Brandenburg war er eine wichtige Stimme und sein engagiertes Wirken wegweisend. Bei all seinen Aktivitäten war ihm seine Frau Gisela Freimark eine treue, mutige und wichtige Wegbegleiterin. Im Juli dieses Jahres überreichte Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke Hans-Peter Freimark und seiner Frau das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande für ihre Verdienste um die Aufarbeitung der

jüngsten Geschichte und die Bewahrung und Vermittlung demokratischer Werte.

Am 4. Oktober 2020 ist der Pfarrer i.R. und Begründer des DDR-Geschichtsmuseums Hans-Peter Freimark im Alter von 75 Jahren in seiner Heimatstadt Perleberg verstorben.

Ein Besuch in dem von Hans-Peter Freimark und seiner Frau gegründeten Museum wird auch in Zukunft ein Erlebnis bleiben und sein Vermächtnis weitertragen.

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Hans Simon

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello würdigt den am 7. September 2020 in Potsdam-Hermannswerder verstorbenen Pfarrer Hans Simon:

Mit seiner Beharrlichkeit und seinem Mut unterstützte Hans Simon maßgeblich die Arbeit der Opposition in der DDR seit 1986 bis zum Sturz der Diktatur. Es begann mit seinen Kellerräumen, die er Ost-Berliner Jugendlichen für ihre Umwelt-Bibliothek zur Verfügung stellte. Eine für alle zugängliche Bibliothek, in der Literatur über Umweltprobleme und andere in der DDR tabuisierte Themen ausgeliehen werden konnte, war im SED-Staat ein bis dahin unmögliches Vorhaben.

Hier entstanden in der Folge die „Umweltblätter“ und weitere systemkritische Publikationen. Mit ihren Veranstaltungen im Gemeindehaus wurde die Umwelt-Bibliothek zum Anlaufpunkt der oppositionellen Szene. Das schützende Dach der Kirche für oppositionelle Gruppen in der DDR – in Hans Simon und seiner Zionskirchgemeinde fand das oft bemühte Bild seine Entsprechung.

Ob bei der Durchsuchung der Umwelt-Bibliothek 1987 durch Generalstaatsanwaltschaft und Geheimpolizei oder weiteren zahlreichen Auseinandersetzungen mit dem Machtapparat der SED blieb Hans Simon ein menschlich zugewandter Freund und Ermutiger der oppositionellen Arbeit.

Berliner
Aufarbeitungsbeauftragter

Behinderte Kinder in der DDR

(VT) Kinder und Jugendliche in sonderpädagogischen, psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen der ehemaligen DDR sind das Thema einer Studie, die in Schwerin erschienen ist.

Ist es auch manchmal schwierig, so geht die Aufarbeitung der DDR dreißig Jahre nach dem Ende der zweiten Diktatur auf deutschem Boden weiter. Während die einen mit durchaus erahnbareren Hintergedanken unter dem argumentativen Deckmantel, „Leistungen nicht zerstören zu wollen“, diese wichtige Arbeit zumindest nicht erkennbar nachhaltig fördern, arbeiten andere intensiv an dieser so wichtigen Aufgabe. Zu ihnen gehört sicherlich ohne Frage auch die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dabei widmete sich diese so wichtige Institution nun auch einem eher weniger bekannten Thema. Dem Umgang nämlich mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in der DDR. In diesem Rahmen erschien nun in diesen Tagen eine Studie von Falk Bersch unter dem Titel „Kinder und Jugendliche in sonderpädagogischen, psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen in den DDR-Nordbezirken“. Darin nimmt Bersch die historische Entwick-

lung der Unterbringung, Betreuung und Förderung der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin in den Blick. Konkret im Fokus der Betrachtungen standen dabei auch die sich wandelnden rechtlichen und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen in der DDR. Ein zweiter Teil der auf zwei Bände angelegten Studie wird sich mit einzelnen Einrichtungen befassen.

Von Bedeutung sind die aus dieser Studie resultierenden Erkenntnisse auch für die Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“. An diese haben sich inzwischen 1275 Betroffene gewandt. Sie waren als Minderjährige in der DDR in Nervenkliniken und deren Außenstellen, in kirchlichen und staatlichen Behinderteneinrichtungen oder in Internaten von Hilfs- bzw. Sonderschulen untergebracht. Für dabei heute noch fortwirkende Folgen ihrer Unterbringung können diese Menschen einen Ausgleich der Stiftung erhalten. Anmeldungen dafür sind übrigens noch bis Jahresende 2020 möglich.

Die Publikation von Falk Bersch in der Schriftenreihe der Landesbeauftragten wurde aus Mitteln des Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern geför-



.....
 Falk Bersch: *Kinder und Jugendliche in sonderpädagogischen, psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen in den DDR-Nordbezirken. Teil 1: Die historische Entwicklung. Die Schutzgebühr beträgt 6 Euro.*

dert. Das Buch ist nun online bestellbar unter:

www.landesbeauftragter.de/publikationen/aktuelle-publikationen/

Es ist zudem in der Geschäftsstelle der Landesbeauftragten erhältlich.

Die Kontaktdaten: Tel. (03 85) 73 40 06, Fax (03 85) 73 40 07,

Mail post@lamv.mv-regierung.de. 

Damit war die Idee geboren, zusammen mit den Schülern ein neues Dekameron zu schreiben. Selbstverständlich stand hinter diesem Projekt nie die Absicht, auf der literarischen Ebene mit Boccaccios Meisterwerk zu konkurrieren, mit dem künstlerischen Genie dieses Mannes. Boccaccio reloaded geht es um etwas ganz anderes und dadurch in bestimmten Punkten sogar um viel mehr als seinem großen Vorbild: 100 Schüler haben 100 Geschichten geschrieben, ein Buch von 100 jungen Autoren, die mit einer vereinten Stimme würdevoll auf ein Jahrhundertereignis reagiert haben. Es ist nicht allzu gewagt zu behaupten, daß es auf der ganzen Welt keine zweite solche Reaktion gibt. Die Schüler haben etwas ganz Besonderes erschaffen und dafür gebühren ihnen alias Centino Scrittore das höchste Lob und Anerkennung.

Centino Scrittore ist ein Pseudonym – welches sich aus den italienischen Wörtern für ‚hundert‘ (‘cento’) und für ‚Schriftsteller‘ (‘scrittore’) ableitet – und Boccaccio reloaded ist keineswegs eine

Das Schulprojekt Boccaccio reloaded

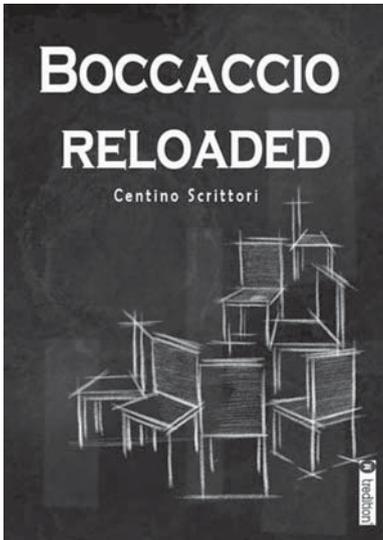
Wie junge Menschen mit deutschlandpolitischen Themen umgehen können

Vor mehr als 650 Jahren veröffentlichte der florentinische Dichter Giovanni Boccaccio seine Novellensammlung *Il Decamerone*. Dieser unangefochtene Klassiker der Weltliteratur berichtet von sieben Frauen und drei Männern aus Florenz, die aufs Land fliehen und sich dadurch vor der Pest retten, welche die Stadt fest in ihren tödlichen Griff bekommen hat. Um ihre gemeinsame Zeit der Isolation sinnvoll zu nutzen, beschließen sie, sich gegenseitig Geschichten zu erzählen, zehn Tage lang, jeden Tag eine pro Person, so daß exakt 100 Geschichten zusammenkommen, als sie endlich in ihre Heimatstadt zurückgehen.

Das Leben fügte es so, daß Eugen Wenzel, Lehrkraft am Berliner Friedrich-Ebert-Gymnasium, unmittelbar vor dem Ausbruch des Corona-Virus genau dieses

Buch mit seinen Klassen im Unterricht las, ein vielschichtiges und tiefsinniges Werk, welches dank Covid-19 so plötzlich wieder ganz aktuell geworden ist, denn was ist dieses Virus anderes als eine neue Art Pest? Beide versetzen die Menschen in Angst und Schrecken, beide legen den Alltag weitgehend lahm und tauchen das Leben in ein ganz anderes Licht. Damals wie heute sieht sich die Welt einer außergewöhnlichen Situation gegenüber. Außergewöhnliche Zeiten erfordern aber außergewöhnliche Reaktionen, wenn der Mensch ihnen würdevoll begegnen möchte. Mit am außergewöhnlichsten ist in diesem Leben die Kunst, weil sie von ihrem Wesen her durch und durch schöpferisch ist. Unbeirrbar erschafft sie Neues und das ist die einzige angemessene Reaktion auf eine alles vernichtende Gewalt wie die Pest oder das Corona-Virus.





.....
 Centino Scrittori: *Boccaccio reloaded*. 100 Erzählungen, verfaßt und illustriert von 100 Schülern des Friedrich-Ebert-Gymnasiums Berlin, hg. von Eugen Wenzel, tredition-Verlag, Hamburg 2020, 444 S., 22,- € Hardcover, 15,- € Paperback, 3,95 € E-Book

entstand ein in zehn große Unterabschnitte thematisch gegliederter Text.

Mütter

(VT) Der Gulag ist eines der großen Dramen der Menschheit im 20. Jahrhunderts.

Besonders traumatisierend war im Gulag-System der ehemaligen sozialistischen Staaten das Schicksal der Frauen, insbesondere der Mütter und ihrer Kinder. In einer Welt voller Krankheit und Tod durchlebten sie ihre ganz eigene Geschichte der Liebe, Leidenschaft, Mutterschaft und kleinen Alltagsfreuden unter schwierigsten Bedingungen.

bloße Aneinanderreihung von 100 Erzählungen, sondern ein klar strukturierter Makrotext. Auch in dieser Hinsicht stand sein literarisches Vorbild Pate: Wie Boccaccios Erzähler an jedem neuen Tag immer ein anderes vorgegebenes Oberthema bedienen müssen, so einigen sich auch die Erzähler des vorliegenden Werkes jeden Tag aufs Neue, welche übergeordnete Thematik sie in ihren Geschichten bringen möchten. Auf diese Weise

In den einzelnen, circa gleichlangen Kapiteln, die sich Themen wie Epidemien und Ausnahmezustände, Krieg, Flucht und Vertreibung, Kriminalität und Medienmanipulation, Kunst und Humor, Liebe und Sexualität und so weiter widmen, erzählen die Schüler über Alltägliches und Außergewöhnliches, über die Ängste und Sorgen, Hoffnungen und Träume, Niederlagen und Siege von Menschen (und einmal sogar auch von Tieren) aus ganz unterschiedlichen Kulturen und Zeiten. Sie erzählen, um es auf den Punkt zu bringen, über das Leben in seinem unendlichen Facettenreichtum. Sie tun dies aus einer unverkennbar jugendlichen Perspektive und sorgen damit für den unbezwinglichen Charme ihres Buches.

Beachtung verdient dieses hochaktuelle Werk aber auch aus ganz anderen Gründen. Der dahinterstehende, überaus innovative Ansatz vermag es nämlich, auch im Hinblick auf Themen wie die deutsche Teilungsgeschichte äußerst fruchtbar zu sein: Findet sich jemand, der kompetent und offen genug ist und mit einer Gruppe Heranwachsender ein

belletristisches Buch zur Geschichte der beiden deutschen Staaten verfaßt, so wird dieses – kreative und denkerische Kräfte freisetzende – Vorgehen die jungen Autoren dazu animieren, sich gerne mit dieser bedeutsamen Thematik zu befassen. Darüber hinaus wird es sie nicht nur zu einem differenzierten Bewußtsein hinsichtlich der historischen Inhalte und einem hohen Grad an Identifikation mit dem Projekt führen, sondern auch zur Parteinahme zu Gunsten der sich darin artikulierenden rechtsstaatlichen Werte.

Nicht zuletzt wird es auch vielen anderen Jugendlichen ein erfolgreicher Anstoß sein, sich mit der Geschichte des geteilten Deutschlands auseinanderzusetzen, denn ein von jungen Erwachsenen verfaßtes Buch wird diese Lesergruppe erfahrungsgemäß am ehesten ansprechen können. Es ist daher im Sinne einer freiheitlich verfaßten demokratischen Gesellschaftsordnung zu wünschen und zu hoffen, daß das hier vorgestellte Modell in den nächsten Jahren im wahrsten Sinne des Wortes Schule macht.

Bernd Lippmann, Eugen Wenzel



.....
 Pavol Rankov: *Mütter. Der Weg der Wölfin durch den Gulag*, Roman, Anthea Verlag 2020, 334 S., 16,90 €

In diesem Roman wird das Thema Gulag weniger beschrieben, sondern die Mutterschaft, die Beziehung

zwischen Mutter und Kind in Extremsituationen.

Der Roman beginnt in den letzten Monaten am Ende des Zweiten Weltkrieges. In einem kleinen slowakischen Dorf wird eine junge Frau, die schwanger von einem russischen Partisan zurückgelassen wurde, zu einem Verhör der sowjetischen Besatzungsmacht gebracht und wegen angeblichem Verrat in ein Lager in die UdSSR unschuldig deportiert. In diesem Lager wird sie ihren Sohn zur Welt bringen – der viele Jahre später 1953, nach dem Tod von Stalin, als Sowjetbürger – ein Pioniertuch um den Hals trägt...

Das Buch war in der Slowakei ein Bestseller, über den wochenlang in den Medien berichtet wurde.

Der Autor Pavol Rankov (Jg. 1964), promovierter Bibliothekswissenschaftler, ist seit 1993 an der Philosophischen Fakultät der Comenius Universität Bratislava tätig und lehrt dort als Dozent für Informationswissenschaften.

Er begann seine schriftstellerische Karriere mit den Erzählbänden „S odstupom casu“ / Mit zeitlichem Abstand (1995), „My a oni, Oni a my“ / Wir und sie, sie

und wir (2001) und „V tesnej blízkosti“ / In unmittelbarer Nähe (2004). Mit fantastischen und absurden Texten lotete er darin Situationen aus, für die im menschlichen Leben Gut und Böse nebeneinander existieren.

Mit einem ähnlichen Problem beschäftigte er sich auch in seinem letzten Erzählband „Na druhej strane“ / Auf der anderen Seite (2013).

In den Romanen „Stalo sa prveho septembra alebo inokedy“ / Es geschah am ersten September oder andernmals (2008), „Matky“ / Mütter (2011) und „Legenda o jazyku“ / Die Legende von der Sprache (2018) widmet er sich den Individuen im gesellschaftlich-historischen Kontext. Den Gegensatz zu diesen Romanen bildet die Dystopie zu Mitteleuropa „Svätý mäsiar“ / Der heilige Metzger (2016).

Sein neuester Roman „Miesta, co nie sú na mape“ / Orte, die nicht in der Karte stehen (2017) spielt in der Slowakei der Gegenwart.

Der Roman „Mütter“ wurde bereits ins Russische, Ukrainische, Polnische, Tschechische, Slowenische, Bulgarische und Arabische übersetzt. 

Paukenschlag des Umbruchs

„Nicht abfinden mit der Realität, sondern sie verändern“, das waren die Worte von Markus Meckel bei der Buchvorstellung in der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, die als Motto über diesem außerordentlichen Buch stehen könnten.

Das gesamte Erscheinungsbild der DDR von der Gründung bis zu ihrem Ende ist in diesem Lebenslauf zu finden.

Aufgewachsen ist Markus Meckel im elterlichen Pfarrhaus. Der Vater war nach zehn Jahren Krieg und Gefangenschaft als überzeugter Pazifist heimgekehrt. Dieser Pazifismus hat Markus Meckel fürs Leben geprägt. Bereits während der Schulzeit geriet er in den Widerspruch zur staatlich verordneten Meinung. Das Abitur wurde ihm verweigert. Es folgte das Theologiestudium in Naumburg am Katechetischen Seminar und danach die Zeit als Gemeindepastor im mecklenburgischen Vipperow südlich der Müritz.

Hier entstand im Herbst 1982 ein erster Friedenskreis zur Nachrüstungsdebatte, an dem unter Mißbilligung der Amtskirche auch viele Nichtchristen beteiligt waren. Doch der Kreis der Beteiligten wuchs und die politischen Aktivitäten gingen bald über die eigene Gemeinde hinaus. Zwangsläufig wurde die politische Arbeit Teil des Lebens von Markus Meckel. Doch all das bis dahin Geschilderte ist Vorgeschichte, von vielen in der DDR ähnlich erlebt.

Bereits in Vipperow war eine enge Freundschaft zu Martin Gutzeit entstanden. Beide kamen im Frühjahr 1989 auf die Idee, eine neue Partei in der DDR zu gründen. Das noch vor Jahren tödliche Vorhaben schien vor dem Hintergrund der durch Gorbatschow eingeleiteten politischen Veränderungen realisierbar zu sein. Die Beschreibung dieses Zeitabschnitts ist ein echter Höhepunkt. In einem umfangreichen Kapitel erfährt der Leser weitgehend Unbekanntes über die Umstände, die zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei führten.

Meckel bezeichnet es als „einen Paukenschlag des Umbruchs“ als ausgerechnet am 40. Jahrestag der DDR-Gründung, am 7. Oktober 1989 im Pfarrhaus von Schwante nahe Oranienburg, die SDP gegründet wurde. Auf die Frage, warum Pastoren ausgerechnet eine sozialdemokratische Partei gründeten, antwortet er, „aus

theologischen Gründen“! Die Rolle dieser Partei während der Friedlichen Revolution schließt sich in einem weiteren Kapitel an.

Es folgte ein Höhepunkt nach dem anderen. Im unmittelbaren Anschluß an den Mauerfall ergriffen beide – Meckel und Gutzeit – die Initiative zur Gründung eines Runden Tisches in Ost-Berlin, der einen Gegenpol zur Regierung Modrow darstellen sollte. Dort standen sofort ak-



.....
Markus Meckel: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2020, 492 S. mit 34 Fotos, Hardcover, 29,80 €

tuelle Fragen an. Die Entmachtung der Stasi hatte zentrale Bedeutung. Aber das große Ziel war, einen Weg zu freien Wahlen zu finden.

Mit dem 18. März 1990 änderte sich das Leben von Markus Meckel tiefgreifend. Die Bevölkerung der DDR hatte erstmals frei gewählt, es entstand die Regierung unter Lothar de Maizière, in der Meckel Außenminister wurde. Es folgt der Weg in die Ost-West-Wiedervereinigung, das wohl spannendste Kapitel in diesen Erinnerungen. Hier eröffnet das Buch mit sehr vielen Details tiefe Einblicke in Unbekanntes, es läßt den Leser ganz offen auch hinter die Kulissen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen blicken. Das ist einmalig!

„Zu wandeln die Zeiten“ ist jedoch keine bravouröse Erfolgsgeschichte, Markus Meckel beschreibt darin ebenso seine Niederlagen und persönlichen Schwä-

chen. Das macht das Buch der Erinnerungen zu einem ehrlichen Buch, in dem annähernd 50 Jahre Zeitgeschichte wachgehalten werden.

Peter Moeller

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November und Dezember Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November, Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst >>>

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 15 28 58
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Do, 12–19 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Rosemarie Barth, Dr. Gerd u. Monika Dehnert, Dr. Wolf Erler, Alexander Grow, Jürgen Lorenz, Guido Maier, Peter Menzel, Peter Molwitz, Alfred Müller, Dr. Kurt Oesterle, Herbert Prenzel, Waltraud Rotner, Johannes Schlese, Hans-Joachim u. Dr. Cornelia Springer, Manfred Spuhn, Gerhard Täuber

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Nichts gehört der Vergangenheit an.
Alles ist Gegenwart und kann
wieder Zukunft werden.

Fritz Bauer

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 15 28 58 **neu!**
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

**Union der Opferverbände Kommunischer
Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Oktober 2020

